BadDürkheim

BESCHLUSSPROTOKOLL

Gremium	Sitzung am	Seiten insgesamt
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	21.03.2023	

Sitzungsort	im Ratssaal des Rathauses, Mannheimer Str. 24
Sitzungsdauer	17:00 - 18:40 Uhr

Öffentliche und nicht öffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil des Protokolls sind.

Vorsitzender

Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Die Tagesordnung ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu dieser ordnungsgemäß, unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit im Sinne des § 39 Gemeindeordnung (GemO) liegt vor.

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1 Bad Dürkheimer Persönlichkeiten in der Zeit des Nationalsozialismus: Ergebnis der historischen Aufarbeitung und Umbenennung von Straßen

2 Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Kommunen in Rheinland-Pfalz

3 Annahme von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen
gem. § 94 Abs. 3 Gemeindeordnung

4 "Sicherer, klimafreundlicher Schulweg";
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 09. März 2023

5 Informationen

6 Anfragen

Anwesenheitsliste

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss

vom 21.03.2023

Bürgermeister:
Glogger, Christoph

Beigeordnete:
Brust, Karl

Erste Beigeordnete:
Hagen, Judith

CDU:
Brand, Thorsten
Hoffmann, Gisela
Wolf, Andreas

SPD:

Bayer, Karlheinz	
Kissel, Kerstin	ab 17.30 Uhr
Lang, Ralf	
Walther, Dieter	Vertretung für Herr Thomas Geis

FWG:

Freunscht, Jürgen	Vertretung für Herr Jochen Schmitt
Krick, Frank	
Strobel, Angela	

FDP:
Schubert, Walter

Bündnis 90/GRÜNE:

Bäuml, Horst	Vertretung für Herr Prof. Thomas Giel
Knipser, Laura	Vertretung für Frau Monika Maleri
Spaeth, Elke	

Verwaltungsmitarbeiter:

Hallmann-Preuß, Britta, Dr.	bis 17.40 Uhr
Pletscher, Lars	
Schneider-Joseph, Christine	

Schriftführerin:
Feigel, Stefanie

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Tagesordnungspunkt 1:

Bad Dürkheimer Persönlichkeiten in der Zeit des Nationalsozialismus: Ergebnis der historischen Aufarbeitung und Umbenennung von Straßen
Vorlage: 2023/0089/FB4

Anmerkung: Die Beratung des Tagesordnungspunktes findet gemeinsam mit dem Ortsbeirat Seebach statt.

Bürgermeister Glogger führt in den Sachverhalt ein und erinnert an die Beratung in der letzten Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses sowie im Ortsbeirat Seebach. Unter den neuen Namensschildern sollten Schilder angebracht werden, die auf die früheren Namen hinweisen und über einen QR-Code zu einer städtischen Website führen, auf der in knapper Form über die ehemaligen Namensgeber informiert wird.
Die Verwaltung wurde gebeten, weitere Gespräche, auch mit den Angehörigen zu führen und auf dieser Grundlage einen tragfähigen Vorschlag für den Text auszuarbeiten.
Er berichtet darüber, dass die Angehörigen von Philipp Fauth einen Textvorschlag vorgelegt hätten, den man vollständig übernommen habe. Sie hätten sich mit der Vergangenheit ihrer Vorfahren auseinandergesetzt und werden den Beschluss des Stadtrates akzeptieren.
Hierfür drückt Bürgermeister Glogger den Angehörigen von Philipp Fauth seinen Respekt aus.
Die Situation mit den Angehörigen von Karl Räder stelle sich allerdings anders da. Sie werfen der Stadt Unsachlichkeit und Manipulation vor. Es sei gar von Hexenjagd die Rede.
Er betont, dass die Familie früh einbezogen worden sei. Man habe sich der Diskussion offen gestellt und habe die Kritiker an der Straßenumbenennung ausführlich zu Wort kommen lassen. Es habe ein vorbildlicher demokratischer Prozess stattgefunden.
Es seien neue Briefe eingegangen, die man sowohl dem Stadtrat als auch dem Ortsbeirat zur Verfügung stellen werde. Man habe gemeinsam mit Frau Bauer einen Text erarbeitet und sich auf einen Kompromissvorschlag geeinigt. Frau Bauer erteile die Zustimmung zu diesem Text aber nur, wenn die Straßen nicht umbenannt werden.
Bürgermeister Glogger betont, man werde alle durch die Straßenumbenennung betroffenen Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Änderung amtlicher Dokumente, wie in der Sitzungsvorlage dargestellt, nach Kräften unterstützen.

Ortsvorsteher Eymael vermutet, dass die Diskussionen in Seebach nicht aufhören werden. Aus Seebacher Kreisen werde auch ein Bürgerbegehren angestrebt, das viele unterstützen werden.
Er bittet darum, dass unter dem neuen Straßennamen das Straßenschild mit dem QR-Code auf Dauer bleiben soll.
Er bittet um Prüfung, ob im Zusammenhang mit der Straßenumbenennung in der Karl-Räder-Allee 2 eine neue Nummerierung erfolgen könne.
Ortsbeiratsmitglied Britzius weist darauf hin, dass es nicht in allen Systemen möglich sei, seine Meinung frei zu äußern. Insbesondere Autoren, Künstler oder Wissenschaftler werden oftmals gezwungen, Äußerungen zu treffen. Dies sei auch in der Zeit des Nationalsozialismus so gewesen. Daher sei es schwer, nach 78 Jahren über Menschen dieser Zeit zu urteilen.
Bürgermeister Glogger teilt mit, dass es zahlreiche Hinweise darüber gebe, dass die 3 betroffenen Persönlichkeiten sich weit mehr engagiert hätten, als es hätte sein müssen.
Ratsmitglied Schubert stimmt für die FDP-Fraktion der Straßenumbenennung zu. Das Thema polarisiere und die Diskussionen nehme einen großen Raum ein. Die betroffenen Angehörigen leiden darunter. Karl Räder habe den Nationalsozialismus verherrlicht, sei aber auch populär gewesen. Er hoffe, dass man sich bald wieder mit zukunftsgewandteren Themen beschäftigen könne.
Ratsmitglied Knipser ist der Meinung, man habe gelungene Texte gefunden. Lediglich der letzte Satz im 1. Absatz bei Karl Räder passe vom Ton nicht. Wenn allerdings alle diesen Text in Ordnung finden, sei man kompromissbereit.

Ratsmitglied Hoffmann bezieht für die CDU-Fraktion Stellung. Sie stimmen der Umbenennung zu. Wenn die mit dem Thema befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den Texten einverstanden seien, seien die Texte für die CDU-Fraktion in Ordnung.
Ratsmitglied Krick teilt für die FWG-Fraktion mit, dass der überwiegende Teil der FWG Fraktion es richtig finde, dass die Straßenumbenennung erfolge. Auch die Texte können so angebracht werden.

Anmerkung: Ratsmitglied Kissel betritt den Sitzungssaal und nimmt am weiteren Verlauf der Sitzung teil.

Ratsmitglied Lang stimmt für die SPD-Fraktion der Straßenumbenennung zu und begrüßt die zusätzlichen Hinweisschilder und die Texte.
Er schlägt vor, wenn es um die Umsetzung der notwendigen Änderungen für die Bürgerinnen und Bürger gehe, für eine Übergangszeit eine Stelle zur Verfügung zu stellen, die sich ausschließlich um diese Belange kümmere.

Bürgermeister Glogger weist auf den Übergangszeitraum von einem Jahr hin. Fachbereichsleiterin Schneider-Joseph teilt mit, dass man ähnlich wie bei den Anmeldungen der Flüchtlinge aus der Ukraine zusätzliche Zeitfenster einräume, um die Änderungen vorzunehmen.

.

Beschluss:
Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat zu beschließen, folgende Straßen umzubenennen:

- Philipp-Fauth-Straße in Johannes-Fitz-Straße
- Karl-Räder-Allee in Lindenallee
- Maler-Ernst-Straße in Rudolph-Christmann-Straße

Dem Vorschlag des Ortsbeirates Seebach entsprechend sollen unter den neuen Straßenschildern Schilder angebracht werden, die auf den früheren Namen hinweisen (z.B.: „ehemals Karl-Räder-Allee“) und über einen QR-Code zu einer städtischen Webseite führen, auf der in knapper Form über die ehemaligen Namensgeber informiert wird. Die vorgeschlagenen Texte finden sich in Anlage 1.

Rosa Maas und Anna Bergner sollen in Bälde eine Straße oder ein Platz gewidmet werden.
Bei der Benennung von Straßen und Plätzen in Neubaugebieten sollen zukünftig verstärkt Frauennamen berücksichtigt werden.

Die Umbenennung der Straßen soll zum 1. Januar 2024 erfolgen. Für eine Übergangszeit von einem Jahr sollen beide Straßenschilder gleichzeitig angebracht werden.

Die Kosten für die Umschreibung von Personalausweisen, Fahrzeugscheinen und Gewerbeummeldungen übernimmt die Stadt. Für den entstehenden Aufwand erhält jeder erwachsene Anwohner einen „Dürkheim-Gutschein“ in Höhe von 25 Euro.

Leitgedanken
Wir leben in einer lebendigen Demokratie, die aus den Trümmern von 1945 hervorgegangen ist. Unsere Verfassung stellt die Würde des Menschen an die erste Stelle. Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, die Meinungsfreiheit und der Rechtsstaat, unser gesamtes demokratisches Wertesystem ist ein bewusster und erfolgreicher Gegenentwurf zum totalitären System des Nationalsozialismus.

Bad Dürkheim ist eine weltoffene und vielfältig engagierte Stadt. Wir wenden uns entschlossen gegen demokratiefeindliches und menschenverachtendes Gedankengut. Auch deshalb schauen wir genau hin, wenn Straßen nach Menschen benannt sind, die in der Zeit des Nationalsozialismus das faschistische System aus eigener Entscheidung unterstützt haben.

Mit einem Straßennamen erinnern wir dauerhaft an eine Persönlichkeit. Wir verleihen ihr damit eine der denkbar höchsten Ehrungen einer Stadt. Wenn wir heute durch Forschungen und Dokumente wissen, dass sich eine Persönlichkeit diese menschenverachtende und rassistische Ideologie des Nationalsozialismus zu eigen gemacht und den „Führer" persönlich verehrt hat, kann diese Ehrung keinen Bestand haben. Wir müssen danach streben, Freiheit, Demokratie und die Würde des Menschen unserem Tun und Lassen zugrunde zu legen. Das muss auch für die Ehrung von Personen, wie zum Beispiel durch Benennung von Straßen und Plätzen, gelten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig mit Stimmenthaltung
Ja: 14 , Nein: 0 , Enthaltung: 1

Tagesordnungspunkt 2:

Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Kommunen in Rheinland-Pfalz
Vorlage: 2023/0074/FB2

Bürgermeister Glogger erläutert an Hand der Sitzungsvorlage den Sachverhalt. Er berichtet über die Vorberatung in der Sitzung des Klimabeirates vom 13.03.2023, der den Beitritt einstimmig empfohlen habe.

Ratsmitglied Hoffmann schlägt vor, in den Beschluss aufzunehmen, dass nach drei Jahren eine Überprüfung der Mitgliedschaft stattfinden soll. Durch die Mitgliedschaft müssten sich Synergieeffekte für alle Kommunen erzielen lassen.
Ratsmitglied Krick schließt sich an. Er begrüße den Beitritt, er müsse aber auch sinnvoll sein.
Ratsmitglied Schubert ist nicht grundsätzlich gegen den Beitritt, ist aber der Meinung, dass genug Ideen und ein Radkonzept vorhanden seien, es mangele aber an der Umsetzung. Der Vereinsbeitritt führe nicht zum Bau eines Radwegs.
Ratsmitglied Bäuml befürwortet den Beitritt zu 100 %. Der Verein halte Fachwissen vor, man könne sich eines Netzwerks bedienen. Er berichtet darüber, dass auch der Kreistag den Beitritt beschlossen habe.
Ratsmitglied Lang spricht sich für den Beitritt aus, fordert aber, die Fußgänger nicht zu vergessen.

Beschluss:
Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Mitgliedschaft in der AGFK-RLP und die Teilnahme an der Gründung einer AGFK-RLP am
05.05.2023 zu beschließen.
Nach 3 Jahren soll eine Überprüfung der Mitgliedschaft stattfinden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 3:

Annahme von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen
gem. § 94 Abs. 3 Gemeindeordnung
Vorlage: 2023/0090/FB1

Beschluss:
Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss stimmt der Annahme der in der Anlage aufgelisteten Spenden zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 4:

"Sicherer, klimafreundlicher Schulweg";
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 09. März 2023
Vorlage: 2023/0087/FB3

Ratsmitglied Andreas Wolf erläutert den Antrag der CDU-Fraktion „sicherer, klimafreundlicher Schulweg" vom 09.03.2023. Das Schreiben des Freundes- und Förderkreises des Kindergartens Ungstein e.V. an alle Fraktionen sei der Anlass für den Antrag gewesen. Man möchte wissen, wie viele Kinder betroffen seien, welche Möglichkeiten man habe, die Situation zu verbessern und ob die Einführung eines Zonentickets möglich sei.

Bürgermeister Glogger informiert darüber, dass bisher keine Eltern von Schulkindern auf die Verwaltung zugekommen seien.
Man sei davon ausgegangen, dass es sich um einen sicheren Schulweg handele, weder Kreis noch Polizei hätten Mängel gemeldet.
Der klimafreundlichste Schulweg sei sicherlich die Nutzung des Fahrrads.
Die Schülerbeförderung mit dem Bus sei auf Landesebene mit dem Maxx Ticket geregelt, das man aber nur kostenlos erhalte, wenn die Entfernung Schule – Wohnort mehr als zwei Kilometer betrage. Ungstein liege aber unter 2 km-Entfernung zur Salierschule.
Es sei denkbar, dass sich Stadt und Förderverein gemeinsam an das Land wenden, um eine Förderung schon ab 1 km Entfernung zu erreichen.
Oder man müsse über den Kreis an den VRN ein schulbezogenes Ticket beantragen.
Beide Vorschläge hätten wenig Aussicht auf Erfolg.
Wenn wir eine kostenlose Lösung wollen, müsste das Maxx Ticket auf Kosten der Stadt zur Verfügung gestellt werden.
Dies müsste dann aber für alle Grundschulen gleichermaßen erfolgen.
Dies betreffe ca. 480 Kinder und bedeute ca. 300.000 € Kosten für die Stadt.
Hierdurch würde man als Stadt eine landesweite Regelung ergänzen. Ihm sei, zumindest im näherem Umkreis, keine Kommune bekannt, die dies mache.

Ratsmitglied Brand führt aus, dass man eine schlanke, schmale Lösung anstrebe und nicht das Maxx Ticket. Es sei wichtig, die Kinder an den ÖPNV heranzuführen.

Bürgermeister Glogger macht deutlich, dass man nicht einfach einen Bus von der Stadt fahren lassen könne. Man sei immer Teil des VRN und brauche die Genehmigung vom LBM. Man habe keine Tarifhoheit. Dies seien schwierige Prozesse. Der VRN lege hohe Hürden. Man müsste dann ein VRN Ticket kaufen oder das 49 € Ticket.

Auch das Jugendkomitee habe sich vor 2 Jahren erfolglos bemüht, abends einen Zusatzbus zwischen Wachenheim und Bad Dürkheim fahren zu lassen.

Ratsmitglied Hoffmann berichtet darüber, dass im SWR darüber berichtet worden sei, dass Rheinland-Pfalz beabsichtige, im 1. Halbjahr 2024 ein 365 € Ticket für junge Menschen einzuführen.
Bürgermeister Glogger sagt zu, sich hierüber zu erkundigen.

Ratsmitglied Andreas Wolf führt aus, dass innerhalb des alten Ortskerns der Schulweg nicht sicher sei. Er berichtet über ein digitales Haltestellenticket.
Bürgermeister Glogger räumt ein, dass es auch in anderen Bereichen, z.B. in Grethen Unzufriedenheit mit der Sicherheit des Schulwegs gebe.

Ratsmitglied Bäuml teilt mit, dass sich Landesschulelternbeirat und Schülervertretung für eine kostenloses 49 € Ticket einsetzen.
Auf Anfrage von Ratsmitglied Strobel teilt Bürgermeister Glogger mit, dass in Ungstein derzeit 36 Schülerinnen und Schüler betroffen wären.

Ratsmitglied Knipser teilt die Auffassung, dass der Schulweg nicht überall in Bad Dürkheim sicher sei. Man müsse sich bemühen, eine Lösung für alle Schülerinnen und Schüler zu finden.

Bürgermeister Glogger schlägt vor, nochmals die Wege, soweit möglich, zu verbessern. Die Fahrrad AG soll sich die Schulwege vornehmen. Zudem werde man schauen, was das Land unternehme.
Ratsmitglied Lang ergänzt, man brauche eine Gesamtlösung für Bad Dürkheim. Die Stadtverwaltung solle über Kreis und die Landtagsabgeordneten Spieß und Wolf sich beim Land für eine Lösung einsetzen. 300.000 € auszuschütten für ein Maxx Ticket hält er für nicht realisierbar. Er weist darauf hin, dass ein Bus von Ungstein zur Salierschule fahre, allerdings komme er bereits eine halbe Stunde vor Schulbeginn dort an. Vielleicht wäre es ein Ansatz, die Taktung zu verändern.

Ratsmitglied Schubert bemängelt den fehlenden Beschlussvorschlag im Antrag der CDU-Stadtratsfraktion.

Nach weiterer Diskussion stellt Bürgermeister Glogger abschließend die weitere Vorgehensweise fest:

1. Erkundigung bei Kreis und VRN, ob die Möglichkeit einer streckenbezogenen Monatskarte besteht.
2. Feststellen, welche Überlegungen es auf Landesebene gibt
3. Ermittlung möglicher Kosten
4. Bitte an die Fahrrad AG zu prüfen, ob es Verbesserungsmöglichkeiten für den Fahrradweg gibt.
5. Das Thema wird in einer der nächsten Sitzungen des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses nochmals auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Mitglieder des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses signalisieren ihre Zustimmung zu dieser Vorgehensweise.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Es ergeht kein Beschluss

Tagesordnungspunkt 5:

Informationen

Bürgermeister Glogger berichtet über einen personellen Engpass im Ordnungsamt im Bereich der verkehrsrechtlichen Anordnungen. Von 2 Stellen sei seit einem dreiviertel Jahr nur eine Stelle besetzt. Daher gebe es eine Reihe von Maßnahmen, zu denen man nicht komme. Beispielhaft nennt er „Umsetzung von verkehrsberuhigten Bereichen im Fronhof II" sowie die „Parksituation im Finkenpfad". Beigeordneter Brust weist ergänzend auf die schwierige Personalfindung hin.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Tagesordnungspunkt 6:

Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Glogger, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.33 Uhr.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: